



# HESSISCHER LANDTAG

27. 11. 2014

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Blockupy Frankfurt**

Der Landtag wolle beschließen:

Vom 20. bis 23. November 2014 haben Menschen aus Europa im Rahmen des Blockupy-Bündnisses in Frankfurt am Main ein Festival und einen Kongress zu Fragen der gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Deutschland und Europa seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 veranstaltet. Die Veranstalter leisten damit einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über den weiteren Umgang mit der Krise. Sie geben damit auch Bürgerinnen und Bürgern einen Raum auf Einmischung, den sie für sich selbst in anderen Bereichen (Parteien, Institutionen etc.) nicht für gegeben halten.

Der Hessische Landtag begrüßt, dass im Rahmen des Blockupy-Festivals für die Gefahren, die von den aktuellen rechtskonservativen, rechtsnationalistischen und rechtsextremen Parteien und Organisationen in Europa ausgehen, sensibilisiert und Gegenstrategien diskutiert wurden. Überall in Europa nutzen Rechtspopulisten die anhaltende Krise in Europa. Die Entwicklung von Gegenstrategien ist eine der aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft.

Der Landtag stellt mit wachsender Sorge fest, dass die soziale und ökonomische Krise in Europa sich zu einer demokratischen Krise zu entwickeln droht. Die Jugendarbeitslosigkeit von bis zu über 50 % in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal ist die größte Bedrohung für Europa. Ausbildung, Arbeit, soziale Sicherheit und nachhaltiges Wachstum sind deshalb unser Auftrag. Die Auflage eines 300-Milliarden-Investitionsprogramms für Europa durch die neue EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Schritte folgen müssen.

Scheitert Europa an dieser Aufgabe, besteht die Gefahr, dass die Rechtspopulisten des Front National, der UKIP oder der AfD politisch an Gewicht gewinnen. Die beste Bekämpfung des Rechtspopulismus ist es, Menschen Ausbildung, Arbeit, Einkommen und soziale Sicherheit zu geben.

Der Landtag begrüßt, dass Veranstalter und Polizei durch einen intensiven Dialog im Vorfeld der Veranstaltung Auseinandersetzungen und Konflikte wie im Jahr 2013 weitgehend verhindern konnten.

Der Landtag verurteilt den Einsatz von Gewalt gegen Personen und Sachen am Rande der Abschlussdemonstration und die Verletzung von Polizisten im Einsatz.

Der Landtag erwartet, dass Veranstalter der Aktionen zur Eröffnung der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 gemeinsam mit der Polizei in gleicher Weise wirken und tragfähige Verabredungen zur Sicherstellung des Demonstrationsrechts einerseits und der feierlichen Eröffnung der EZB andererseits ermöglichen.

Wiesbaden, 27. November 2014

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**